

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Drei Parteitage

Worte und Wirklichkeit in der Politik der CDU/CSU



134

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Drei Parteitage

Worte und Wirklichkeit in der Politik der CDU/CSU

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Bilanz in beiden deutschen Staaten

Zwanzig Jahre sind seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen. Ein Zeitraum liegt hinter uns, lang genug, um Anlaß zur Bestandsaufnahme zu sein. In beiden deutschen Staaten ist das Fazit des Weges durch zwei Jahrzehnte zu sichten und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Bilanzen sind das Spiegelbild der Politik, die in beiden deutschen Staaten betrieben wurde. In der Einstellung des einen und des anderen deutschen Staates zum 8. Mai 1945 hat der Weg dieser Staaten seinen Ausgangspunkt. War dieser 8. Mai ein Tag der Befreiung, rufend zu neuen Ufern, zu neuer gesellschaftlicher Gestaltung, zu neuen Formen menschlichen Zusammenlebens, zu Frieden und Sicherheit, zur Verständigung mit den anderen Völkern und zu glücklicher Zukunft? — Oder war es ein Tag der Niederlage, Anlaß dazu, die Scherben des imperialistischen Deutschlands zu kitten, auf Revision des Urteils der Geschichte zu drängen, Revanchegedanken zu hegen und zu diesem Zweck den am 8. Mai 1945 Geschlagenen erneut die Macht zu verschaffen?

Die Deutsche Demokratische Republik kann diese Fragen mit gutem Gewissen beantworten. Jeder kann sehen, daß wir uns erfolgreich bemüht haben, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die unheilvolle Vergangenheit des deutschen Volkes zu bewältigen. Wir konnten so den ersten Friedensstaat in der Geschichte Deutschlands errichten. „Alles, was wir taten, war vor allem von der Leidenschaft beseelt, den Frieden für Deutschland zu erhalten und die Kräfte, die die Deutschen in eine neue Katastrophe treiben wollen, nicht zum Zuge kommen zu lassen, sie für immer aus den Reihen der Nation auszumerzen.“ So steht es in dem Manifest vom 5. Mai 1965, mit dem Volkskammer, Staatsrat und Ministerrat der DDR sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland der Welt das Ergebnis unserer nationalen Bilanz vorgelegt haben. Und: „Hier hat der Friede in Deutschland seine sichere Heimstatt gefunden“, sagt die Entschließung unseres 11. Parteitages über die DDR.

Viele Völker mußten unermessliche Blutopfer bringen und schwerste materielle Verluste in Kauf nehmen, um im zweiten Weltkrieg dem unersättlichen deutschen Imperialismus Einhalt zu gebieten und ihn schließlich zu besiegen. Alle diese Völker und darüber hinaus die friedliebenden Menschen auf der ganzen Welt haben ein unabdingbares Recht darauf, die deutsche Nation auf dem Wege des Friedens zu wissen. Und das deutsche Volk selbst kann sein ureigenstes Interesse zweifellos nur darin sehen, diesen Weg des Friedens zu gehen, will es nicht seine physische Existenz nochmals und diesmal endgültig aufs

Spiel setzen. Deshalb sagt das Manifest: „Nie darf es sich wiederholen, daß von Deutschland ein Krieg ausgeht. Für alle Zeiten muß in Deutschland, im Herzen Europas, mit dem Streben nach Eroberung anderer Länder, nach Herrschaft über andere Völker, mit Völkerhaß und Aggression und Chauvinismus Schluß gemacht werden.“

Das ist eine Feststellung, die man angesichts der deutschen Vergangenheit für selbstverständlich halten sollte. Doch das Manifest muß konstatieren: „Wäre nach 1945 die Bilanz auch in Westdeutschland und Westberlin gezogen, wären auch Westdeutschland und Westberlin vom Imperialismus gereinigt worden, hätte man auch in Westdeutschland und Westberlin den Faschismus mit den Wurzeln ausgerodet, dann stände heute ein einiges, friedliches, demokratisches und fortschrittliches Deutschland da, seinen Bürgern zur Freude und ein sicherer Hort des Friedens in Europa.“ Eben weil aber die herrschenden Kreise in Westdeutschland und Westberlin diesen Weg nicht gingen, weil Monopole, Militaristen und Revanchisten dort herrschen, weil der Geist der imperialistischen Eroberung sich dort erneut ausgebreitet hat, sind der Frieden und die Sicherheit der Völker bedroht.

Wer eine solche Politik betreibt, der versündigt sich aufs schwerste. Er gefährdet nicht nur den Bestand der Nation. Er setzt nicht nur das Leben und die Existenz von Millionen Deutschen aufs Spiel. Er vergeht sich freventlich am kostbarsten Gut der Menschheit, am Frieden. Da helfen auch keine Beteuerungen des Gegenteils. Revanchegeist und militanter Antikommunismus, die Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ und der Griff nach Atomwaffen, führende Positionen in Staat und Wirtschaft für Kriegsverbrecher und eine Politik der Notstandsgesetze — das ist der Weg in die neue Katastrophe.

Die Hauptverantwortung für diese Entwicklung tragen die Führungskreise zweier Parteien, die wir hinsichtlich der Grundlinien ihrer Politik als ein Ganzes betrachten müssen: die West-CDU und die CSU. Sie sind das wichtigste ausführende Organ der Monopole, Militaristen und Revanchisten in der Bundesrepublik. Die CDU/CSU trägt die Verantwortung für diese Politik, zumindest seit sie Regierungspartei ist. Sie hat durch ihre Taten keinen Zweifel gelassen, daß sie die Ergebnisse des 2. Weltkrieges als eine Art von Betriebsunfall der Geschichte betrachtet, dessen Folgen reparabel sind, und daß diese Niederlage des deutschen Imperialismus wettgemacht werden muß.

Erneut und unzweideutig erwies sich dies auf den Parteitag der CDU/CSU im März 1965 in Düsseldorf, im April 1965 in München und Westberlin. „Wir werden uns mit dem Status

quo nicht abfinden“, sagte Rainer B a r z e l auf dem 13. Parteitag der West/CDU. Angesichts alles dessen können wir nicht anders als festzustellen: Die CDU/CSU-Führung steuert Kriegskurs.

Es ist dies ein hartes Urteil. Doch ist es berechtigt, denn es ergibt sich aus der proklamierten Politik dieser Parteien selbst.

Revanchismus — die große Gefahr

„Laß sie hassen, wenn sie nur fürchten!“ war der Lieblingsausdruck des römischen Despoten-Kaisers Caligula. Angesichts dessen, was die Parteitage der CDU/CSU in Düsseldorf, in München und in Westberlin über die Stellung der Bundesrepublik in der Welt zu verkünden hatten, scheint der Ausspruch des Römers Caligula auch der Wahlspruch der CDU/CSU geworden zu sein. Die Worte Konrad A d e n a u e r s auf dem Düsseldorfer Parteitag, man müsse sich darüber im klaren sein, „daß wir im Grunde genommen doch nicht so von den anderen Völkern geliebt werden“, waren denn auch nicht als Klage, sondern vielmehr als Feststellung zu werten.

Manche derer, die sie hörten, mögen vielleicht sogar noch stolz auf diese Feststellung Adenauers gewesen sein, die zweifellos sachlich völlig richtig ist — richtig allerdings nur insofern, als das Mißtrauen der anderen Völker den westdeutschen Imperialisten, nicht aber der westdeutschen Bevölkerung oder gar den Deutschen schlechthin gilt. Die Großmacht-Chauvinisten, die in der CDU/CSU Unterschlupf gefunden haben, treiben ja schon immer eine Politik, die das Mißtrauen der anderen Völker hervorruft.

Daß die CDU/CSU-Führung sich mit ihrem Großmacht-Chauvinismus in Widerspruch nicht nur zur Moral, sondern auch zu geltenden Völkerrechtsnormen setzt, stört sie dabei wenig. Das tut sie ohnehin schon seit Jahren. Für die Westalliierten, die sich in der Antihitlerkoalition verpflichtet hatten, den deutschen Chauvinismus zu beseitigen, hätte es eigentlich ein Alarmzeichen sein sollen. Doch sie taten nichts, um diesen Chauvinismus einzudämmen. Im Gegenteil bestärkten sie die CDU/CSU noch in deren politischen Zielen.

Was war damals in der Antihitlerkoalition vereinbart worden? „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“ So steht es z. B. in der Erklärung von Jalta, unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten Großbritanniens, dem

Präsidenten der USA und dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Die Sowjetunion hat ihr Wort von Jalta und ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen nicht vergessen.

Die Westmächte jedoch, die gehofft hatten, den deutschen Imperialismus sozusagen als Hofhund gegen den Fortschritt zwar bellen und gelegentlich auch beißen lassen zu können, ohne ihm die Kette abnehmen zu müssen, stehen nun betroffen vor der Tatsache, daß diese Kette zerrissen ist. Soweit ist es gekommen: Zuerst, nach ihrer Niederlage im Jahre 1945, erholten sich die westdeutschen Imperialisten als Juniorpartner der westalliierten imperialistischen Kräfte. Mit Marshallplan- und sonstiger Hilfe holten sie diese Kräfte dann ein, und nun haben sie schon zum Überholen angesetzt. Sie fühlen sich stark genug, um zumindest in Westeuropa zu bestimmen, was in ihrem Interesse zu geschehen habe.

Nichts anderes als eine Politik der Erpressung nämlich versuchen die führenden Leute in Bonn seit geraumer Zeit ihren eigenen NATO-Partnern gegenüber. Franz Josef Strauß schwang sich auf dem Münchner CSU-Parteitag beispielsweise zu der Forderung auf: „Wir können und dürfen nicht zulassen, daß über uns hinweg die Beziehungen unserer westlichen Freunde zur Sowjetunion gestaltet werden.“ Er meinte damit die Beziehungen, die Frankreich mit der Sowjetunion verbinden. Konrad Adenauer vergaß auf der Eröffnungskundgebung zum Düsseldorfer Parteitag alles, was er einst Enthusiastisches über den Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gesagt hatte. Er, von dem Josef Hermann Duffhues auf der gleichen Veranstaltung behauptete, er sei „in die Geschichte eingegangen als der Kanzler der deutsch-französischen Freundschaft“, erfüllte mit seiner Äußerung: „Unser Geschick ist auch das Geschick Frankreichs. Wenn wir von den Russen verschlungen werden, wird auch Frankreich von den Russen verschlungen“, den Tatbestand der Nötigung gegenüber Frankreich.

Damit ist angesichts der aggressiven Politik Bonns nicht mehr und nicht weniger gesagt als: Wenn wir, die CDU/CSU-Führung, es für richtig halten, gegen den Osten militärisch vorzugehen, dann verknüpfen wir das Geschick unserer NATO-Verbündeten mit dem unseren. Ihren Einsatz erwarten wir, damit wir unsere Ziele erreichen können. Und Herr von Hassel warnt die Amerikaner und die Engländer davor, etwa ihre Truppen in Westdeutschland zu vermindern: „Jedes die militärischen Positionen in Mitteleuropa verschiebende Experiment würde die Sicherheit Westeuropas aufs höchste gefährden.“

Die Westmächte aber wollen sich nicht bedingungslos an das Bonner Konzept binden lassen. Sogar hier also zeigt sich,

daß der Aktionsfähigkeit des Bonner Revanchismus Grenzen gesetzt sind.

Doch wer in der Führungsmannschaft der CDU/CSU wollte schon Grenzen anerkennen! Weder die der eigenen Macht wollen sie als gegeben hinnehmen noch die Grenzen anderer Staaten. „Einwirkung auf die Realitäten“ nannte Barzel in Düsseldorf und in München das Bestreben, Europa erst dann als „geordnet“ anzusehen, wenn es jenem Bilde unseres Erdteils gleicht, das die Monopole erst Hitler und nun Adenauer und Erhard in Auftrag gegeben haben. Dieses „Ordnungsstreben“ ist es, das den westdeutschen Revanchismus ausmacht.

Verlorene Kriege sind für die deutschen Imperialisten seit jeher nur Anlaß zum Nachdenken darüber gewesen, wie man die Folgen der Niederlage — gegebenenfalls durch neue Kriege — zu korrigieren habe. Wer anderer Meinung ist, der wurde und wird in deutschen imperialistischen Kreisen als „Verzichtspolitiker“ gebrandmarkt und gilt von vornherein als Vaterlandsverräter.

Die Taktik, mit der die CDU/CSU ihre revanchistischen Ziele durchzusetzen gedenkt, weckt jedoch noch düsterere Erinnerungen. „Wir haben nie in diesen langen Jahren ein anderes Gebet als das: Gib unserem Volk den inneren und erhalte ihm den äußeren Frieden.“ So Adolf Hitler 1935 auf dem „Parteitag der Freiheit“ in Nürnberg. „Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang nur vom Frieden zu reden. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen.“ So Hitler 1938 vor der deutschen Presse.

„Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Teil Europas“; „darum, meine Freunde, sage ich dies: Militärische Vorsorge und antikommunistische Haltung genügen auf die Dauer nicht“; „wir werden uns mit den geschaffenen Tatsachen nicht abfinden“; so Rainer Barzel in Düsseldorf. Hauptaufgabe der westdeutschen Politik sei es, „auf sozialistische Staaten in unmittelbarem und übertragenem Sinne einzuwirken“, so Franz Josef Strauß in München. Herr Duffhues stellte in Düsseldorf fest: „Wir werden die Interessen der Bundesrepublik anspruchsvoller vertreten“; und der Delegierte Dr. Jahn präzierte diese „Interessen“ wie folgt: „Wenn es heute morgen nicht ausgesprochen worden ist, will ich es jetzt tun: Wenn wir in der CDU von Wiedervereinigungspolitik sprechen, meinen wir die Wiedervereinigung des

dreigeteilten Deutschlands in den Grenzen von 1937 und das Heimats- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen.“

Die Revancheforderungen der Parteitagsredner wurden in Düsseldorf noch durch die Ausgestaltung der Tagungsräume unterstrichen. Riesige Bilder von Städten in den von Dr. Jahn genannten Gebieten wiesen darauf hin, welche Ziele man sich in der CDU/CSU-Führung setzt, was man alles wiederhaben will und was gemeint ist, wenn die CDU/CSU sagt: „Es geht um Deutschland“, wie die Parteitagslosung hieß. In München wurde Franz Josef Strauß noch deutlicher. Dort stand über dem Parteitag: „Es geht um Europa.“ Und die Westberliner CDU meinte verkünden zu müssen: „Es geht um die Wiedervereinigung.“ Aber wie soll das gehen?

Mit großer Besorgnis stellen wir fest, daß auf Grund der maßlosen, jede politische Realität mißachtenden Revanchehetze der CDU/CSU-Führer in der Bundesrepublik schon der Punkt erreicht ist, von dem Hitler 1938 meinte, man müsse auch Gewalt zu brauchen wissen. „Man kann nicht umhin zu bemerken, daß die Bundesrepublik eine Menge Dinge haben will, die ohne Krieg nicht zu haben sind“, schrieb der deutsch-britische Publizist Sebastian Haffner im „Stern“. Der Ruf „Nie wieder Krieg“ ist aus dem Repertoire prominenter CDU/CSU-Versammlungsredner längst gestrichen. Ihre Parole heißt „Nie wieder Niederlage!“ Und wie einst Hitler, so prahlen auch sie mit ihrer angeblichen militärischen Stärke:

„Wir sind bereit, nach allen Seiten zu kämpfen“, sagte Rainer Barzel. „Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem, was wir haben, auch wenn es für uns sehr bittere Stunden geben wird, auch wenn das Risiko tödlich ist“, erklärte Franz Josef Strauß. „Ich bin ohne Frivolität (!) der Auffassung, daß eine handfeste Verschärfung der internationalen Auseinandersetzungen in Berlin besser ist als die jetzige Situation“, meinte Ernst Lemmer. „Die Entspannung ist die größte Gefahr“, warnte Herr von Guttenberg von der CSU. Und Minister von Hassel warf „manchen westeuropäischen Staaten“ vor, daß die Disengagement-Pläne des Ostens bei ihnen Anklang finden. Die Bundeswehr bezeichnete er als ein Instrument, „dessen militärischer Wert nicht bezweifelt und dessen großer politischer Effekt nicht bestritten werden kann. Ihre Bewaffnung und Ausrüstung, ihr Ausbildungsstand und ihr Geist entsprechen ihrem Auftrag.“

Dieser von Hassel so rühmend erwähnte Geist der Bundeswehr aber ist vornehmlich der Geist des Revanchismus. Etwa fünfzig Prozent ihrer Offiziere kommen aus den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße. Dazu hieß es in der „Frankfurter Rundschau“: „Natürlich redet nicht jeder jeden Tag von dem,

was ihm drüben genommen wurde; aber die verlorene Heimat steht schon wieder auf dem Dienstplan...“ Und unter „Wiedervereinigung“ versteht z. B. ein Bundeswehrmajor namens Dr. Gerlach „nicht die Vereinigung der ‚Sowjetzone‘ mit Westdeutschland, sondern die Wiederherstellung des gesamten deutschen Reichsgebietes“. Das ist keine Einzelercheinung. Jener Major hat schließlich nur gesagt, was die „Großen“ denken...

„Wir sind wieder jemand, wir haben wieder Ansehen gewonnen in der Welt und auch Macht“, erklärte Erhard in Düsseldorf. Ja, aber welches Ansehen! Es ist jenes altgewohnte Deutschland-Bild, das von Wilhelm II. über Hitler bis zu Adenauer und Erhard reicht: das Bild eines deutschen Staates, der sich den „Platz an der Sonne“ mit Gewalt zu erringen willens ist. Denn: „Um so besser ist es, daß unsere Bundeswehr inzwischen eine der besten Armeen der Welt geworden ist“, sprach Herr Barzel. Und die „Düsseldorfer Erklärung“ stellt die Aufgabe, „den geschichtlichen Rang Deutschlands wiederherzustellen“.

Wie soll dieser Rang aussehen? „Die Bundesrepublik“, so schrieb der „Industriekurier“ am 10. April 1965, „zählt zu den bedeutendsten Industrie- und Handelsmächten der Erde... Trotzdem sind wir politisch ohne entsprechendes Gewicht. Wir sind für die Maßstäbe von heute ein kleines Volk, wir sind keine Großmacht... Insofern besteht für unser Land zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen innen und außen ein großes Mißverhältnis. Das beginnt jetzt erst offenbar zu werden und macht die ganze Schwere des verlorenen Krieges deutlich.“

Dieses „Mißverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft“ sucht die CDU/CSU im Auftrag der Monopole zu korrigieren. Franz Josef Strauß sagte auf dem „Vertriebenen-Kongreß“ der CDU/CSU in Nürnberg: „Dort drüben (d. h. in der DDR, in der UdSSR, in Volkspolen und der CSSR) sind Werte zurückgeblieben, die viele Milliarden ausmachen.“ Und diese Werte möchten die Monopole natürlich gern zurückholen. Dafür werden Millionensummen aufgebracht, mit denen Landsmannschaften, Soldatenverbände, „Exil“-Vereinigungen der CDU/CSU ausgehalten werden und maßlose Hetzpropaganda betrieben wird. Aber alle miteinander dort in Bonn behaupten, sie wollten den Frieden.

Wir hingegen müssen der CDU/CSU-Führung den Vorwurf machen, daß sie zum Kriege treibt. Das ist wahrlich ein schwerer Vorwurf, in Deutschland zumal, von dessen Territorium aus zwei Weltkriege ihren Anfang nahmen; in der heutigen Zeit zumal, da Vernichtungswaffen von bisher nie gekannter Zerstörungskraft zur Verfügung stehen. Will die Führung der

CDU/CSU den Krieg? Auf Beteuerungen des Gegenteils, das haben wir bei Wilhelm II. und bei Hitler gesehen, kommt es nicht an. Zweifellos hat es auch Auftraggeber Wilhelms II. und Hitlers gegeben, denen nicht der Krieg, sondern seine Ergebnisse, die Befriedigung ihrer Ansprüche, das Primäre waren. Auch nicht jeder Räuber wird zum Raubmörder, wenn ihm sein Opfer die gewünschten Beutestücke freiwillig aushändigt. Die Formel „Geld oder Leben“, früher Höhepunkt jeder Kriminalgeschichte, ist heute zur Basis monopolistischen Strebens nach dem Super-Profit geworden. Aber die Exekutivorgane der Monopole wollen dann gewöhnlich beides, und außerdem sind ihre Auftraggeber unersättlich.

Doch die Zeiten haben sich gewandelt. Die westdeutschen CDU/CSU-Revanchisten und ihre Gesinnungsfreunde in den anderen kapitalistischen Ländern sind nicht allein auf der Welt. Die Stärke der sozialistischen Staaten ist jederzeit fähig, den westdeutschen Imperialisten und Militaristen ein „Bis hierher und nicht weiter“ zu bereiten. Muß es aber erst so weit kommen? Was ist denn die Pflicht der westdeutschen Bevölkerung angesichts solcher Revanchepolitik ihrer Regierung? Sie muß die Staatsführung zwingen, auf alle Pläne des Eindringens in andere Staaten zu verzichten und einzusehen, daß die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht ungeschehen gemacht werden können. Dazu ist es nötig, daß die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik ihre ganze Kraft einsetzt.

Und wieder Antikommunismus

Der Antikommunismus war auf den Parteitag in Düsseldorf, München und Westberlin wie auch schon früher die Grundlage für die Maßlosigkeit und Irrealität politischer Ziele und Programme der CDU/CSU-Führung. Es ist dies eine für Chauvinisten praktische Grundlage; denn es gehört nicht viel dazu, um Antikommunist zu sein. Man bedarf insbesondere keiner überwältigenden Geistesgaben. Der Antikommunismus setzt sich ja mit der Welt des Sozialismus nicht durch Argumente auseinander, sondern kämpft mit der Waffe der Verleumdung. Diese Waffe aber kann jeder führen, er braucht nur gewissenlos genug zu sein. Der Antikommunismus spricht nicht mit seinem Gegner, er terrorisiert ihn, wo immer er es vermag. Terror aber ist zwar eine Infamie, jedoch kein Kunststück, so man die Macht zum Terror besitzt.

Und so kommt es denn, daß wir auch auf dem Felde des Antikommunismus die gleichen Töne vernehmen – heute in

Düsseldorf, in München und in Westberlin, gestern auf den Naziparteitag in Nürnberg – etwa wie 1936, als Hitler dort ausrief: „Jener Weltanschauung, dem Bolschewismus, stehen wir allerdings ohne Einschränkung todefeindlich gegenüber.“ Und Adenauer in Düsseldorf 1965: „Es bildet dieser Kommunismus immerdar eine Bedrohung...“ Neun Jahre vorher hatte er sogar beinahe die gleichen Worte wie Hitler gebraucht: „... daher stehen wir dieser Welt, die im Grunde genommen unser Todfeind ist, mit der größten Wachsamkeit gegenüber.“ Und die „Düsseldorfer Erklärung“ behauptet: „Der Kommunismus ist nach wie vor die Gefahr unserer Zeit!“

Wie einst Hitler also, so beschworen jetzt neben Adenauer auch Schröder, Erhard und Barzel die „Gefahr aus dem Osten“. „Noch immer (!) weht die rote Flagge des Kommunismus von Wladiwostok bis zur Elbe“, stellte Schröder verwundert fest. Höchste Zeit also, daß man sie beseitigt – das stand unausgesprochen dahinter. Erhard verketzerte die sowjetische Koexistenz-Politik. Ohne natürlich den Schimmer eines Beweises dafür zu liefern, behauptete er in Düsseldorf: „Die Politik der Sowjetunion ist indessen alles andere als eine Politik des Ausgleichs, sie ist auch keine Politik der Entspannung, sie ist keine Politik des Friedens.“ Und Barzel wußte Rat, wie der Antikommunismus nicht nur zu proklamieren, sondern auch zu betätigen sei: „Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Teil Europas!“

Der Antikommunismus bildet nach wie vor die ideologische Plattform der CDU/CSU. Er allein dient den Führern dieser Partei zur Begründung all ihres Tuns. Um die Bereitschaft zu jedem, auch dem letzten Opfer fordern zu können, malen sie der Bevölkerung die „rote Gefahr“ an die Wand.

So trat man denn auch in Düsseldorf jenen wenigen Delegierten entgegen, die in ihren Diskussionsreden diesem antikommunistischen Kurs nicht voll entsprachen. „Die Welt hat das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden, sie will friedliche Koexistenz“, sagte beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Dr. Friedensburg. Und der ehemalige bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, war über die Behauptung verwundert, die Sowjetunion, die ja diese Politik der friedlichen Koexistenz mit Geduld und Beharrlichkeit betreibt, warte nur darauf, um Westdeutschland zu überfallen: „Ich habe von den neuen Männern im Kreml nie ein böses Wort über unser Land gehört.“ Da die Parteiführung es offenbar vermeiden wollte, diesen immerhin nicht unbedeutenden Delegierten ihres Parteitages offen zu widersprechen, schickte sie einen weithin unbekanntenen Mann namens Fyrnys von der „Jungen Union“ vor. Der dekretierte denn: „Unsere außen-

politische Konzeption wird nach wie vor bestimmt von der Bedrohung durch den Kommunismus.“

Es waren einige andere Parteiredner schon klüger als Herr Fyrnys. Sie sprachen von der „Gefahr“ aus dem Osten als einer intellektuellen, einer geistigen „Gefahr“. Dieses Eingeständnis aus dem Munde geschworener Feinde jeglichen gesellschaftlichen Fortschritts ist wahrlich bezeichnend. Es ist das Eingeständnis, daß sich der Einfluß, der von den sozialistischen Staaten und insbesondere natürlich von der DDR auf die Bundesrepublik ausstrahlt, in einem für die Bonner CDU/CSU-Führer höchst unerwünschten Maße verstärkt hat. Es ist dies letztlich nichts anderes als das Ergebnis unserer eigenen angestrengten Arbeit.

Herrn Barzel war es in Düsseldorf vorbehalten, den Antikommunismus auf jenes Gleis zu lenken, das nach Meinung der CDU/CSU-Führung am sichersten zum Erfolg zu leiten scheint. Antikommunismus, so behauptete er nämlich, sei sozusagen speziell des Christen Schmuck und Ordensband, denn: „Der Kern der Position des Westens entspricht der von Gott geschaffenen, auf Freiheit angelegten, unantastbaren Würde der menschlichen Person.“ Menschenwürde und Völkerhetze, menschliche Freiheit und Zwang unter die Herrschaft der Monopole – das soll eine von Gott geschaffene Einheit sein? Man kann den Mißbrauch des Christentums kaum noch weiter treiben, als das die CDU/CSU unternimmt! So ist denn Barzels These nichts anderes als die Wiederholung und Neuformulierung jener alten Behauptung der Antikommunisten, die durch diese Welt gehende Front scheidet Christen und Kommunisten voneinander. Gerade in der CDU/CSU selbst aber erweist sich deutlich, daß diese Front in Wahrheit zwischen den Kräften des Friedens auf der einen und denen des Krieges auf der anderen Seite verläuft, also zwischen der überwiegenden Zahl der friedfertigen Mitglieder einerseits und der auf Kriegskurs befindlichen Führung andererseits. Es müßte für die westdeutschen Christen eben diese zutiefst widerchristliche Identifikation der Ziele und Grundsätze des Imperialismus mit den Grundsätzen ihres Glaubens ein nicht zu übersehendes Alarmzeichen zu sein!

Antikommunismus, wir sehen es hier, ist weder Ersatz für gute Politik noch Ersatz für Vernunft, wie Walter Ulbricht es ausdrückte. Die Wahrheit dieses Satzes hat das deutsche Volk in diesem Jahrhundert nicht nur einmal schmerzlich am eigenen Leibe erfahren müssen. Was die Bundesrepublik bedroht, ist nicht die „Gefahr aus dem Osten“, sondern es sind jene militanten Antikommunisten, die diese Gefahr eigens

zum Zwecke der Rechtfertigung ihrer Aggressionsabsichten erfunden haben.

Am Frieden, an sozialer Gerechtigkeit, an gesellschaftlichem Fortschritt, an Freiheit und Menschenwürde sind Christen und Marxisten gleichermaßen interessiert. Deshalb ist nicht der Antikommunismus der Normalzustand, in dem ein Christ in dieser Welt bestehen kann, sondern die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Friedenskräften der verschiedenen Weltanschauungen, wie wir sie hier in der Deutschen Demokratischen Republik praktizieren.

„Verdeckter Krieg“ und Aggression

Der innen- und außenpolitischen Zielsetzung der CDU/CSU entspricht ihre militärische Konzeption. Sie wird von Bonn als Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ bezeichnet. Aus dieser Strategie leitet sich alles ab, was insbesondere in den letzten Jahren und Monaten wiederholt die Weltöffentlichkeit empörte: der Drang der Bonner Regierung und der Bundeswehrgenerale nach Atomwaffen, der Plan eines Atomminengürtels an der Grenze zur DDR und zur ČSSR, die Vorbereitungen zum „Verdeckten Krieg“ und der ständig wachsende Rüstungshaushalt, der alles in den Schatten stellt, was je im Deutschland früherer Jahrzehnte an Rüstungskosten in Friedenszeiten aufgebracht werden mußte.

Die Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ sei nötig – so will Bonn glauben machen – weil man einer „Gefahr aus dem Osten“ zuvorkommen müsse. In einer Rede vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU sagte Minister von Hassel: „Die Vorwärtsverteidigung ist nach wie vor gültig, denn die Bundesrepublik will nicht Millionen Deutsche außerhalb der äußersten Verteidigungslinie der ‚Bedrohung‘ aussetzen.“ Die „äußerste Verteidigungslinie“ ist aber die Grenze der Bundesrepublik zur DDR. Die „Millionen Deutschen“ außerhalb dieser Linie sind demnach die Bürger der DDR, die von Bonn „befreit“ werden sollen. Die Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ ist also nichts anderes als die Planung des militärischen Überfalls auf die DDR, die ČSSR und, wenn dieser Überfall ge- glückt sein sollte, auf weitere Gebiete im Osten Europas bis hin zum Ural, wie es Hallstein einmal formulierte.

Diese „Vorwärtsverteidigung“ spielte denn auch eine maßgebliche Rolle auf dem Düsseldorf CDU-Parteitag. Von Hassel sagte dort: „Das militärische Kriegs(!)bild verlangt zwingend präsen- te Streitkräfte am Eisernen Vorhang. Das durch

den deutschen Verteidigungsbeitrag in der NATO ermöglichte Prinzip der Vorwärtsverteidigung ist und bleibt für uns die *conditio sine qua non*.“ Zu passender Zeit kann von der Bonner Generalität – lediglich mit dem Hinweis auf einen „demnächst drohenden Angriff“ – die Aggression gegen die östlichen Nachbarn der Bundesrepublik ausgelöst werden. In den „Fallex“-Manövern wurde das bereits geübt.

In das Arsenal dieser Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ gehört auch der „Verdeckte Krieg“. Er soll offenen Kriegshandlungen der NATO-Streitkräfte gegen die sozialistischen Staaten, in erster Linie gegen die DDR, vorausgehen. Die Maßnahmen des „Verdeckten Krieges“ umfassen eine Vielzahl von unterschiedlichen politischen, psychologischen und terroristischen Handlungen bis hin zum bewaffneten Bandenkampf und sogar bis zu militärischen Teilaktionen gegen Gebiete der DDR (bei denen man – allerdings vergeblich – hofft, sie würden den Warschauer Pakt nicht zum Eingreifen veranlassen). Das alles würde dann schließlich in einen Raketen- und Kernwaffenkrieg münden.

Es ist also durchaus legitim, Ereignisse wie die Anschläge gegen den antifaschistischen Schutzwall in der DDR-Hauptstadt, die provokatorische Bundestagssitzung am 7. April 1965 in Westberlin, die mannigfachen Verletzungen der Staatsgrenze der DDR durch Provokateure und Agenten oder auch die Flugblatt-Aktionen der Bundeswehr als Bestandteile des „Verdeckten Krieges“ zu kennzeichnen.

Zur Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ gehören nach der Meinung der CDU/CSU-Strategen unbedingt Kernwaffen. In einem Dokument der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es dazu: „Die nukleare, abschreckende Komponente spielt auch und vor allem in der Vorwärtsverteidigung eine entscheidende Rolle. Es geht also in den NATO-Planungen keineswegs darum, eine rein herkömmliche Abwehr zu praktizieren.“ Auch in dieser Hinsicht gibt es geschichtliche Parallelen. Als Wilhelm II. sich anschickte, die Welt neu aufzuteilen und dem deutschen Imperialismus den „Platz an der Sonne“ zu sichern, sah er sich nach dem Modernsten um, was die damalige Waffentechnik zu bieten hatte. Es waren die Schlachtschiffe und Panzerkreuzer, die er gegen England einzusetzen gedachte. Als Hitler den verlorenen ersten Weltkrieg korrigieren wollte, tat er das gleiche. Ihm boten sich Panzerdivisionen und Luftflotten als die geeigneten Instrumente. Versteht man jetzt, warum die CDU/CSU-Politiker so heftig nach Atomwaffen streben?

Zwar durch die vom konsequenten Widerstand der Volksmassen verursachten Fehlschläge der letzten Jahre etwas ge-

dämpfter, doch immerhin noch konsequent genug, forderte Hassel in Düsseldorf: „Wir christlichen Demokraten haben keinen Zweifel, daß in zäher Geduld die schwierigen Probleme gelöst werden: die Atom- und Nichtatom-Mähe der Allianz in ein neues Partnerschafts-Verhältnis zu bringen, das den ‚Sicherheitsbedürfnissen‘ gerecht wird.“ An „zäher Geduld“ hat es in Bonn wahrlich nicht gefehlt, seit 1958 im Bundestag unter kalter Mißachtung des Wählerwillens der Beschluß gefaßt wurde, Westdeutschland atomar aufzurüsten.

Geht es um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, gelten den Bonner Regierungskreisen kein Vertrag, keine Abmachung, kein Völkerrecht, kein Veto – woher auch immer es stammen mag. Der Drang nach nuklearer Rüstung widerspricht, das ist selbstverständlich, dem Potsdamer Abkommen. Doch dieses Abkommen sah man in Bonn, von den Westalliierten ermuntert, noch nie als bindend an. Die angestrebte Atombewaffnung Westdeutschlands widerspricht jedoch selbst Verträgen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, insbesondere dem „Brüsseler Pakt“ von 1954, in dem sich die Bundesrepublik nicht nur zum Verzicht auf Kernwaffenproduktion, sondern auch zum Verzicht auf die Fertigung von Trägerwaffen verpflichtet hat.

Nun hatte Bonn ja zunächst tatsächlich versucht, zu Atomwaffen zu gelangen, ohne formell gegen dieses Abkommen zu verstoßen. Doch die erwünschte MLF und ihre Ersatz-Institutionen konstituieren sich nach Bonner Auffassung zu schwerfällig. Die NATO-gemischte Besatzung auf dem Atomraketen-Träger „Claude V. Ricketts“ ist zwar ein Anfang, doch auch er befriedigt Bonn noch nicht. Deshalb sann man auf Auswege: Die Bundesrepublik unterstützt mit erheblichen Mitteln die Kernwaffen-Forschung sowohl in Südafrika als auch in Israel. Bonn ist maßgeblich an der entsprechenden Produktion in Frankreich beteiligt. Und schließlich forciert die Bundesrepublik auf eigenem Territorium, nunmehr freilich in klarem Verstoß gegen das Brüsseler Abkommen, die Produktion von Träger raketen und die Kernwaffenforschung. Auch diese Forschung war gemeint, wenn Herr von Hassel in Düsseldorf sagte: „Von dieser Bundeswehr gehen ungezählte Impulse in viele Bereiche der Wirtschaft, der Technik, der Industrie, der Forschung und der staatsbürgerlichen Bildung (!).“

Es ist an der westdeutschen Bevölkerung, darüber nachzudenken, ob in einem zweimal am imperialistischen Größenwahn fast verbluteten Deutschland Politiker am Platze sind, die sich dieses Land nicht anders als in furchtbaren Waffen starrend und damit andere Völker bedrohend vorstellen können. Es ist an den westdeutschen Christen, dagegen anzukämp-

fen, daß die Atomwaffe zum Symbol ausgerechnet christlich benannter Politik gemacht wird. Die Folgen solcher Politik würden in der Hauptsache von jenen zu tragen sein, denen man heute für die Atomaufrüstung in Westdeutschland jedes finanzielle Opfer abzuverlangen nicht zögert. Erst sollen sie zahlen, dann sollen sie sterben – zum höheren Ruhme der „Vorwärtsverteidiger“ und des Profits der Monopole von heute wie zum höheren Ruhme des deutschen Kaisers und des deutschen Ver- „Führers“ von ehemals, die ja ebenfalls die ausführenden Organe von Monopolinteressen waren.

Tausende und aber Tausende in Westdeutschland haben sich in der Ostermarsch-Bewegung zusammengefunden, weil sie sich der tödlichen Tragweite des atomaren Risikos in der Bundesrepublik bewußt sind: eines Risikos, das alle Bundesbürger angeht. Deshalb sind alle gerufen, sich dieser Bewegung gegen den Atomtod anzuschließen.

Kein Recht, für die Nation zu sprechen

„Hier werden Kriegserklärungen angenommen“, hieß es 1914 freventlich in deutschen Zeitungen. Und so ähnlich manifestiert sich die Haltung der Bundesregierung zu jenen Staaten, die trotz Bonner „Verbot“ auch zur DDR geordnete Beziehungen pflegen. Am Rhein beruft man sich angesichts dessen auf das angeblich alleinseligmachende Rezept der Hallstein-Doktrin. Sie besagt, daß die Bundesrepublik es jedem Staat als „unfreundlichen Akt“ anrechnet, geordnete Beziehungen zur DDR zu erstreben. Wer sich dieser Doktrin nicht beugt, hat mit Sanktionen zu rechnen. Einzig die UdSSR sollte von der Hallstein-Doktrin ausgenommen sein.

1955 kam Bundeskanzler Adenauer aus Moskau in die Bundesrepublik zurück mit der Kunde, künftig würden zwischen den beiden Staaten Botschafter ausgetauscht, obwohl die UdSSR diplomatische Beziehungen zur DDR hat. Um dennoch die diplomatische Anerkennung des einen oder anderen Landes als politisches und insbesondere wirtschaftliches Druckmittel erhalten zu können, beauftragte der damalige Bonner Außenminister Brentano seinen Staatssekretär Hallstein mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Richtlinie. Seitdem gibt es die Hallstein-Doktrin, die jedem Land der Welt in seine innersten und eigenen Angelegenheiten hineinreden will und bestimmen zu können glaubt, wer mit der DDR diplomatische,

wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Beziehungen aufrechterhalten darf, anknüpfen kann oder abbrechen muß.

In der Praxis existiert die Hallstein-Doktrin jedoch nicht auf Grund eigener politischer Durchschlagskraft. Sie schleppt sich vielmehr auf den Krücken jener Beträge durch die Länder, die unter dem Namen „Entwicklungshilfe“ insbesondere den Regierungen solcher junger Nationalstaaten gezahlt werden, die von Kontakten zur DDR abgehalten oder abgebracht werden sollen. Einer der Bonner Afrika-Diplomaten gestand dem „Spiegel“, der dafür den Namen des Informanten verschwieg: wenn die Regierung des Landes, in dem er als Botschafter residiert, während seiner Amtszeit die DDR nicht anerkennt, habe er sein Ziel erreicht. Und dafür stehen solchen „Diplomaten“ alle Mittel zur Verfügung, nicht nur Mittel finanzieller Art. In Kongo und in Angola, in Süd-Rhodesien und auch in Südvietnam investierte Bonn erhebliche Waffenhilfe, um solche Regierungen am Ruder zu halten und sie gegen die Volksmacht zu stützen, von denen es sich „Loyalität“ im Sinne der Hallstein-Doktrin verspricht.

Bonns Neokolonialismus beruht auf einem entscheidenden Irrtum: Ausgehend von der eigenen Mentalität, glauben die westdeutschen Konzernherren und ihre Willensvollstrecker in Parlament und Regierung, alles auf der Welt sei käuflich, es komme nur darauf an, genügend Geld mitzubringen. Gerade die Ereignisse im Nahen Osten beweisen, daß dies weder ein moralisches noch ein realistisches Konzept ist. Der Bundesbürger sollte jedoch darüber nachdenken, was eine Politik wert ist, die sich nicht selbst trägt, sondern nur erkauft werden kann.

Daß diese Hallstein-Doktrin außerdem je länger je mehr zum Bumerang geworden ist, haben die Vernünftigen unter ihren Befürwortern von damals längst erkannt. Es verwundert deshalb auch nicht, daß sich auf dem Parteitag in Düsseldorf eine Debatte über die Zweckmäßigkeit (nur darüber, nicht über den völkerrechtlich unmöglichen Charakter) dieser Doktrin ergab. Die reaktionärsten unter den Parteitags-Rednern, so Dr. Gerstenmaier und Dr. Jaeger (als Gast von der CSU), forderten, an ihr unter allen Umständen festzuhalten. Gerstenmaier malte den Delegierten dabei ein wissentlich falsches Bild: „Nur damit (mit der Hallstein-Doktrin also) wird dem deutschen Volk und der Welt erspart, daß zwei grundverschiedene gestimmte deutsche Staaten in der Weltpolitik erscheinen.“

Nun hat aber diese Doktrin Herrn Gerstenmaier das Erscheinen der DDR auf der weltpolitischen Bühne keineswegs „erspart“. Und so kam es denn, daß Außenminister Schröder ganz im Gegensatz zu Gerstenmaiers beschwörenden Worten

über den Nutzen der Hallstein-Doktrin das weiter gestiegene weltpolitische Ansehen der DDR konstatieren mußte: „Wir würden den Aufgaben der Außenpolitik nicht gerecht, wenn wir die Existenz und die Lebensäußerungen der ‚Zone‘ außer acht ließen.“ Er und von Hassel führen die „Lebensäußerung“ der DDR hauptsächlich auf drei Komponenten zurück:

- das Teststopp-Abkommen von Moskau,
- den Freundschaftsvertrag der UdSSR mit der DDR,
- den Besuch Walter Ulbrichts in der VAR.

In der Tat hatte gerade dieses letztere Ereignis dargetan, daß sich mit Drohungen und Erpressungen keine Politik machen läßt, die sich auf die Dauer als tragfähig erweisen soll. In aller Welt erhoben sich anlässlich dieses Besuches wieder Stimmen gegen die Hallstein-Doktrin. „Dieser Besuch war ein persönlicher politischer Triumph für den (DDR-)Präsidenten und ein schwerer Rückschlag für Westdeutschland und seinen Anspruch, als einziger rechtmäßiger Vertreter des geteilten Deutschlands angesehen zu werden“, schrieb die „New York Times“, „Die Hallstein-Doktrin ist untragbar geworden. Je früher man das in Westdeutschland erkennt, desto leichter wird es sein, eine Entspannung herbeizuführen“, stellte „Demokraten“ in Kopenhagen fest.

Doch die Führung der CDU/CSU will keine Entspannung, sie will deshalb auch die Hallstein-Doktrin beibehalten, obwohl das Unbehagen selbst in den eigenen Reihen immer größer wird. Verschiedene CDU-Politiker versuchten sich denn in Düsseldorf mit mehr oder minder kuriosen Abänderungsvorschlägen. So wollte der Westberliner Delegierte Dr. Gradl, der die Animosität auch des westlichen Auslands gegenüber dieser Direktive zugeben mußte, sie in „Ein-Deutschland-Doktrin“ umbenennen. Er meinte, dann würde die Welt eher begreifen, worum es dem bundesdeutschen Regime damit gehe.

„Es geht um Deutschland“ – so hatte die Losung des Düsseldorfer Parteitages gelautet. Und es geht ja tatsächlich um Deutschland. Doch was ist von dieser Losung zu halten, wenn sie von der Führung der West-CDU verkündet wird? Ginge es den CDU/CSU-Politikern tatsächlich um Deutschland, dann könnten sie doch das einzig Vernünftige tun, nämlich der Existenz der DDR Rechnung tragen und Verhandlungen über die Vorschläge aufnehmen, die die DDR zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland gemacht hat! Die verlogene These „Mit denen da drüben kann man nicht verhandeln“ ist spätestens seit den erfolgreichen Passierschein-Übereinkünften ad absurdum geführt. Die Möglichkeit, die Existenz der DDR zu verleugnen, ist nur in der Theorie vorhanden. In der Praxis

glaubt niemand in der Welt – außer in einigen Bonner Amtsstuben – an eine solche Möglichkeit.

Auch die These, die Bundesregierung büße irgend etwas – außer ihrer Halsstarrigkeit – ein, wenn sie mit den Vertretern der DDR verhandelt, ist nicht haltbar. Nichts beispielsweise würde am gegenwärtigen Status der Bundesregierung geändert werden, wenn eine Vereinbarung zwischen der DDR und der Bundesrepublik über den Verzicht auf Atomwaffen oder auf die Beteiligung an Atomrüstungen oder wenn eine kernwaffenfreie Zone in Europa zustande kämen; aber es wäre ein wesentlicher Schritt zu Frieden und Sicherheit getan. Nichts würde am gegenwärtigen Status der Bundesrepublik geändert werden, wenn sie normale Beziehungen mit der DDR aufnähme. Nichts würde durch einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer-Vertrags-Staaten, durch Maßnahmen zur Erweiterung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten an diesem Status geändert werden; doch die Überreste des zweiten Weltkrieges würden schrittweise beseitigt werden können.

Wenn deshalb die Regierung der Bundesrepublik auf Weisung der CDU/CSU-Führung nicht mit der DDR verhandeln will, so hat das offensichtlich den Grund, daß man sich die Hände freihalten möchte für den „Verdeckten Krieg“, die Strategie der „Vorwärtsverteidigung“, also die „Integration“ der DDR. Und so proklamierte denn die „Düsseldorfer Erklärung“ erneut das durch nichts begründete „Alleinvertretungsrecht“ für Deutschland. Denn die Bourgeoisie hat das Recht auf Führung der Nation ein für allemal verloren.

Wie man angesichts der unauslöschlichen Lehren aus der deutschen Geschichte eine Politik der Völkerfreundschaft betreibt, das hat wahrlich nicht Westdeutschland, das hat vielmehr die DDR der Welt gezeigt. Nationale Interessen unter Rücksichtnahme auf die guten Rechte anderer Staaten zu vertreten ist mit der Politik der CDU/CSU unvereinbar. Deshalb ist das in Bonn proklamierte „Alleinvertretungsrecht“ eine gefährliche Sache, nicht nur für uns Deutsche, sondern für ganz Europa.

Der Hallstein-Doktrin hat Walter Ulbricht in seiner Erklärung vor der Volkskammer am 5. Mai 1965 die Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik gegenübergestellt. Ihr oberstes Gesetz lautet, dafür zu sorgen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Ihr Charakter wird von der Herrschaft des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten bestimmt. Ihre Grundlagen sind Völkerfreundschaft, Kampf um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation, Streben nach Frieden und

Sicherheit für alle Völker und Staaten Europas. Das Recht der DDR, für die Nation zu sprechen, resultiert aus der Erfüllung des Potsdamer Abkommens und aus ihrer Friedenspolitik.

Die westdeutsche Bevölkerung ist gerufen, für eine Regierung der Vernunft und des guten Willens in Westdeutschland einzutreten.

Am Notstand stirbt die Demokratie

Bei CDU/CSU-Veranstaltungen muß man nicht nur auf das achten, was gesagt wird. Das, was verschwiegen wird, ist nicht minder aufschlußreich. Auf den CDU/CSU-Parteitag zum Beispiel fiel in den offiziellen Reden nicht ein einziges Mal das Wort „Notstandsgesetze“. Noch auf dem CDU-Parteitag im Jahre 1961 hatte Gerhard Schröder, damals Innenminister, eine wortreiche Erklärung über die angebliche Notwendigkeit abgegeben, solche Gesetze zu schaffen. In Düsseldorf umschrieb Erhard die Notstandsdictatur mit „Reform der Demokratie“.

Denn heute ist die Lage anders als 1961. Eine mächtige Volksbewegung, ähnlich der gegen die Atomrüstung, ist auf den Plan getreten. Die SPD-Führung wurde gezwungen, ihre Konzeption zu ändern. Doch: „Weder vor noch nach den Wahlen Notstandsgesetze!“ heißt die Losung des DGB. Professoren und Studenten, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, Ärzte und Pfarrer, Bauern und Mittelständler kämpfen gegen die Notstandsgesetze. Sie haben die Gefahr erkannt.

Denn mit ähnlichen Gesetzen begann es 1933. Es ist üble Demagogie, wenn CDU/CSU-Politiker wie Rainer Barzel heute behaupten, daß Notstandsregelungen eben nur für den – „hoffentlich niemals eintretenden“ – Ausnahmefall geschaffen würden. Mit Recht erinnern die Gewerkschaften in Westdeutschland an Hitler. Auch sein Auftritt wurde mit Notstandsgesetzen vorbereitet, auch er zerstörte die Demokratie mit einem Ermächtigungsgesetz, mit Verordnungen „zum Schutz des deutschen Volkes“ und „zum Schutze von Volk und Staat“, denen Notverordnungen vorausgegangen waren. Notstandsgesetze beseitigten seinerzeit die Betriebsräte, zerschlugen die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften. Auch damals gab man vor, „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu handeln. Und allein 1933 wurden von „ordentlichen Gerichten“ auf Grund dieser Notstandsgesetze 37 580 Personen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, nicht mitgerechnet die ungezählten Widerstandskämpfer, die in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Wer ist so naiv, zu glauben, die Monopolherren der Bundesrepublik, die ja auch die Monopolherren des dritten Reiches waren, und ihre heutigen Handlanger würden diesmal mit der Anwendung der Notstandsgesetze gegen die von ihnen Regierten „glimplicher“ umgehen? Die Knebelung der Pressefreiheit im Falle des „Spiegel“, im Falle „Panorama“ und in vielen anderen Fällen, das Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte, die Telefon-Abhör-Affäre und vieles mehr zeigen ja, was schon ohne Notstandsgesetze in der Bundesrepublik möglich war und ist. Was wird erst kommen, wenn diese Gesetze beschlossen sind!

Mit dem Zivildienstgesetz beispielsweise kann bereits in Friedenszeiten die totale Mobilmachung für alle Männer und Frauen zwischen 18 und 65 bzw. 55 Jahren ausgelöst werden. Ist es „den Umständen nach dringend erforderlich“, d. h. halten die Monopole den Notstand für gekommen, kann das Streikrecht aufgehoben und dafür die Zivildienstpflicht eingeführt werden, und zwar laut § 6 Abs. 1 bereits im Frieden. Nichterfüllung durch den „Zivildienstpflichtigen“ führt zu Strafen (§ 63) und zu Schadenersatzpflicht (§ 38). Das Gesetz auferlegt jedem eingesetzten Bundesbürger nach § 29, „Gefahren für Leib und Leben“ zu erdulden.

Das Zivilschutzkorpsgesetz dient der Ergänzung der Bundeswehr und ihrer Territorialstreitkräfte durch ein Zivilschutzkorps. Es soll 200 000 Mann umfassen. Ständig sollen 15 000 Dienstpflichtige und 5000 Ausbilder im Dienst sein. Das Korps untersteht der Bundeswehr, also den gleichen Generalen, die schon unter Hitler dienten.

Mit den Gesetzen zur Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses und zur „Beschränkung der Pressefreiheit im Zustand der äußeren Gefahr“ können nicht erst im „Notstandsfall“, sondern schon bei „Spannungszuständen“ die gesamte Presse, der Rundfunk und das Fernsehen einer Zensur unterworfen werden, die sich von der politischen Nachricht bis zum Wetterdienst erstreckt. „Maßnahmen“ gegen unliebsame Journalisten sind vorgesehen.

Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz ermöglicht die Erteilung genauer Vorschriften über das Produktionsprogramm der Wirtschaft und die Stilllegung von Betrieben. Das Ernährungssicherstellungsgesetz gleicht einschließlich der Ausgabebestimmungen für Lebensmittelkarten den Kriegswirtschaftsgesetzen der Nazis. Ähnliches gilt auch für das Verkehrssicherstellungsgesetz, das z. B. in Abs. 4 vorschreibt, von wem Verkehrswege, -anlagen und -einrichtungen benutzt werden dürfen. Die Wirtschaftsnotstandsgesetze werden durch ein Wasserversicherungsgesetz vervollständigt.

Das Aufenthaltsregelungsgesetz kann nach § 2 das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes aufheben und nach § 4 Evakuierungen anordnen. Dabei wird bei einer Umsiedlung die Art der Beförderung befohlen (§ 5). Nach § 10 sind alle diese Maßnahmen bereits im Frieden vorzubereiten.

Das Schutzbaugesetz sieht einen sogenannten „Grundschutz“ in den Wohnhäusern vor, der pro Person zwischen 320 und 375 DM Aufwand erfordert. 50 Prozent werden aus Steuermitteln, 50 Prozent aus Mitteln der Hausbesitzer bereitgestellt, die dafür Mieterhöhungen vornehmen dürfen.

Das Selbstschutzgesetz schließlich verpflichtet in Friedenszeiten zur Teilnahme an Lehrgängen, zur Beschaffung von ABC- und Brandschutzgeräten, von Arznei- und Verbandmitteln sowie zur Anlegung eines Lebensmittelvorrats für 14 Tage. Alle entstehenden Kosten trägt der Bürger.

Nun könnte einer sagen, daß es doch zu den Aufgaben einer verantwortungsbewußten Gesetzgebung gehöre, für den Notstandsfall vorzusorgen. Dabei seien drakonische Maßnahmen im Falle einer Gefahr im Interesse der gesamten Gesellschaft manchmal nicht zu vermeiden. Doch im Falle Bonn liegt die Sache anders.

Der westdeutsche Gewerkschaftsführer Otto Brenner erinnerte kürzlich an einen Ausspruch des damaligen Innenministers Schröder. Auf die Frage, wozu man eigentlich Notstandsgesetze brauche, habe Schröder erwidert: „Wenn der Brenner solche Reden hält...“ Und der Unternehmerchef Paulsen antwortete westdeutschen Studenten auf die Frage, warum die Unternehmer gelegentlich gewerkschaftlichen Forderungen nachgeben: Das müssen wir eben, solange es keine Notstandsgesetze gibt.

Die Notstandsgesetze sind also gar nicht zur Behebung einer allgemeinen Gefahrensituation bestimmt, sondern als innenpolitisches Druckmittel der Monopole zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gedacht. Mit den Notstandsgesetzen soll die aggressive Außenpolitik innenpolitisch abgesichert, sollen die demokratischen und friedliebenden Kräfte ausgeschaltet werden.

Hinzu kommt das Wichtigste: Der Bundeskanzler und der Bundespräsident sollen bestimmen, wann der Notstandsfall eintritt. Es würde also bei Bedarf die Meldung irgendeines Geheimdienstes genügen, daß „die Bundesrepublik in Gefahr“ sei, und schon wäre der „Notstand“ da. Keiner könnte hinterher mehr nachprüfen, ob diese Notstandssituation berechtigt oder unberechtigt, wahr oder gefälscht gewesen ist. Es wäre der gleiche Effekt, den Hitlers Ermächtigungsgesetz bewirkte. Vom Notstand war in Düsseldorf, war in München, war auf den zahl-

reichen verschiedenen Tagungen und Kongressen der CDU/CSU nicht die Rede. Doch was tat Hitler, nachdem er die Notstandsgesetze hatte? Er forcierte die Kriegsvorbereitungen, gestützt auf unerhörten Terror nach innen.

Das sollten jene westdeutschen Bürger bedenken, die heute noch nicht im Kampf gegen diese Gesetze stehen! Die Notstandsgesetze würden auch noch die letzten kümmerlichen Reste von Demokratie in der Bundesrepublik beseitigen. Sie sind die totale Diktatur. Deshalb ist der Kampf gegen die Bonner Notstandsmaßnahmen Sache der gesamten westdeutschen Bevölkerung. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn er mit starken außerparlamentarischen Aktionen geführt wird.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Es ist geschichtlich erwiesen, daß in jedem Staatswesen die Gefahr für Frieden und Demokratie um so mehr anwächst, je kleiner die Gruppe der Finanzkapitalisten ist, in deren Händen sich die wirtschaftliche Macht zusammenballt. Für Westdeutschland gilt dies in besonderem Maße; denn dort konzentriert sich die Macht ja nicht in den Händen irgendwelcher, sondern eben jener kleinen Gruppe von Repräsentanten mächtiger Monopole, die in der Vergangenheit – mit weit weniger konzentrierter Macht – zwei furchtbare Weltkriege veranlaßt haben.

„Denken wir daran, wirtschaftliche Machtzusammenballung, gepaart mit Säbelrasseln, ist dem deutschen Volk schon immer schlecht bekommen. Eine Garnierung mit Atombomben macht die Sache nicht verdaulicher.“ Diese Feststellung traf der Vorsitzende der westdeutschen Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten Alfred Schattnik.

In der Tat war die Konzentration wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht in Deutschland noch nie so groß wie heute in der Bundesrepublik. Neun Konzerne beherrschen 86 Prozent der Eisen- und Stahl-Industrie, drei Konzerne verfügen über 96 Prozent der Automobilindustrie. Vierzig Konzerne erzielen in der Bundesrepublik jährlich je mehr als 1000 Millionen DM Umsatz, beschäftigen ein Drittel der westdeutschen Arbeiter und Angestellten, verfügen über zwei Drittel des gesamten westdeutschen Aktienkapitals und tätigen 42 Prozent der gesamten Industrieproduktion.

Zur wirtschaftlichen Macht gesellt sich die politische, beide Machtbereiche gehen völlig nahtlos ineinander über. Allein in der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages sitzen 14 Leiter von

Konzernunternehmen, vier Großbankiers, 12 Vorsitzende von Unternehmerverbänden und 28 im Dienste von Großunternehmen stehende Rechtsanwälte. Sie wurden von ihren Konzernen in den Bundestag entsandt, um dort deren Interessen zu vertreten.

Die Krupp-Fraktion in den Reihen der CDU/CSU-Abgeordneten z. B. vertreten Franz Josef M ü s e r und Dr. Gert S t o l t e n b e r g. Dr. E l b r ä c h t e r firmiert für den Oetker-Konzern und Walter G a ß m a n n für Daimler-Benz, welches Unternehmen bekanntlich zum Flick-Konzern gehört. Dr. B i r r e n b a c h, Thyssen-Vertreter und jüngst zum „Aushilfs-Diplomaten“ in Sachen Israel ernannt, verbindet auf diese Weise Politik und Geschäft. Dr. P o h l e, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns und in Düsseldorf ansässig, das bekanntlich nicht in Bayern liegt, wird für den nächsten Bundestag auf der Liste der bayrischen CSU zur Wahl gestellt, damit seine Präsenz im Parlament nur auch unter allen Umständen gesichert ist. Und so weiter und so fort. Zur Bundeswahl 1961 soll ein Abgeordnetenmandat je nach Placierung auf mehr oder weniger sicheren Plätzen bei der CDU/CSU mit 15 000 bis 50 000 DM gehandelt worden sein. Konzernvertreter sitzen auch in der Fraktion der FDP und sogar der SPD. Quer durch die Fraktionen zieht sich also die „Fraktion“ des jeweiligen Konzerns.

Weitere Macht über die Entscheidungen des Bonner Parlaments gewinnen die Konzerne außerdem mit Hilfe der sogenannten Lobby. In der Bundeshauptstadt gibt es weit über 400 Niederlassungen aller möglichen Industrieunternehmen. Da das Städtchen am Rhein ja bekanntlich keine Welthandelsmetropole ist, kann man sich denken, was diese Niederlassungen dort wollen: Einfluß auf Bundestag und Regierung ausüben. Paul C o n r a d, Vorsitzender des „Wirtschaftspolitischen Clubs“ in Bonn, sagt dazu: „Auf privatem Weg, nämlich bei Dinern und Referaten, erhalten die Clubgenossen Informationen über wirtschaftliche Details – etwa über Beschaffungspläne in der Rüstung oder über größere Projekte wie Fusionen, Privatisierungen –, die sie offiziell, etwa über den ‚Dienstweg‘ in den Ministerien, trotz aller Bemühungen nicht bekommen würden.“

Doch das ist keineswegs das ganze Ausmaß politischer Macht und politischen Einflusses der Monopole in Westdeutschland, das ist noch nicht einmal das Ausschlaggebende. Entscheidend ist vielmehr, daß alle diese Einflußmöglichkeiten die Monopole mit der Macht des Staates verschmelzen, daß sie mit dieser Macht zusammen zu einer Einheit geworden sind. Der Imperialismus in Westdeutschland zeigt sich heute in der Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Der Bonner Staat selbst ist Kapitalist. Sein Wirtschafts- und Industrievermögen beträgt schätzungsweise 28 Milliarden D-Mark. Zu diesem Vermögen gehören nicht etwa nur Bundesbahn und Bundespost, sondern Industriebetriebe verschiedenster Art, unter anderem auch Elektrizitätswerke. Sie sind hier deshalb erwähnenswert, weil man an ihrem Beispiel besonders deutlich sieht, wie sich die Monopole dieses Staatseigentum zunutze zu machen verstehen. Die Elektrizitätsgesellschaften arbeiten unwirtschaftlich. Sie erzielen nicht nur keinen Profit, sondern können nicht einmal ihre Selbstkosten decken. Aus Steuergeldern werden sie subventioniert. Doch sie geben ihren Strom an sogenannte Sonderabnehmer (insbesondere große Industriebetriebe in Händen von Monopolen) zu einem Drittel des Tarifs ab, zu dem sie an sonstige Verbraucher liefern. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Monopole indirekt Riesenprofite aus Steuergeldern realisieren – und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Außerdem haben die Monopole für eine entsprechende Steuergesetzgebung gesorgt. Sie üben somit einen direkten oder indirekten Einfluß auf die Umverteilung des Nationaleinkommens zu ihren Gunsten aus. In diesem Bonner Staat, dessen Wirtschaftsmacht sich in den Händen einiger Kapitalgiganten konzentriert, tragen nicht diese, wie man meinen sollte, den Hauptteil am Steueraufkommen. Das ist den Arbeitern und Angestellten vorbehalten, deren Steuerlast sich von 1950 bis 1959 auf 315 Prozent erhöhte, während die der Unternehmer nur auf 241 Prozent anstieg. Aus den Steuereinkünften des Staates erhielten die Monopole dagegen von 1950 bis zur Gegenwart weit mehr als 200 Milliarden D-Mark für Investitionen, wobei die kleinen Unternehmer noch die großen zu finanzieren hatten. Die weiterverarbeitende Industrie wurde durch die Staatsmacht gezwungen, 3,5 Prozent des Jahresgewinnes der Grundstoff-Industrie für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Meist unterschätzt wird die Funktion, die im Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein Gremium ausübt, das vornehmlich im Verborgenen arbeitet, nichtstdestoweniger aber entscheidende Einflußmöglichkeiten sowohl auf den Staatsapparat als auch auf den Wirtschaftsablauf hat: der Wirtschaftsrat der westdeutschen CDU. Der Bonner „Deutschland-Union-Dienst“ schildert ihn als „einen Kreis, der helfen soll, die (west-)deutschen Unternehmer in engeren Kontakt mit dem politischen Leben und zu aktiver Mitarbeit zu bringen“. Es gehören diesem Wirtschaftsrat u. a. so prominente Leute wie Konrad A d e n a u e r jun., der Warenhaus-König H o r t e n, der ehemalige Bonner Finanzminister und jetzige Bankdirektor

Franz Etzel sowie der Wirtschaftsminister Schmücker an. Dieses Gremium ist es, von dem der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie einmal in Gegenwart des ehemaligen Bundeskanzlers unwidersprochen behaupten durfte, ein Wink genüge, um die Bonner Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Für die Bevölkerung der Bundesrepublik ist solche wirtschaftspolitische Struktur eine ständige Gefahr, nicht nur hinsichtlich der Lebensbedingungen. Gewiß, die Tatsache, daß in Westdeutschland der Profit der Monopole nicht nur schneller steigt als der Index des Arbeitseinkommens, sondern auch schneller als die Produktivität, ist eine der Hauptursachen für die schleichende Inflation, die der CDU-Führung in Bonn soviel zu schaffen macht, daß sie eigens den Bundesbankpräsidenten Blessing auf ihren Düsseldorfer Parteitag holte, um ihn eine beruhigende Rede halten zu lassen. Tatsache bleibt, daß diese schleichende Inflation bereits jetzt – etwa durch Preiserhöhungen – ausschließlich den Werktätigen geschadet hat.

Viel größer ist die Gefahr, die der westdeutschen Bevölkerung daraus erwächst, daß sich hier eine Macht konsolidiert, die imstande ist, die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens in einem sogar im früheren Deutschland nicht gekannten Maße zu bewirken. Staatsmonopolistischer Kapitalismus in einem Staate, dessen Führung Hegemonieansprüche gegenüber ganz Europa anmeldet, dessen Regierung dafür Atomwaffen will und sie nötigenfalls selbst herzustellen bereit ist, dessen Wirtschaftskapitäne nachgewiesenermaßen auch den großen Krieg nicht scheuen, wenn er ihnen noch mehr Profit verspricht, ist lebensgefährlich. Für den Maximalprofit sind die Monopole zu allem fähig. Wenn sie anders nicht zum Ziel gelangen, führen sie Krieg. Die größten Profite aller Zeiten erzielten sie in den beiden Weltkriegen und in deren Vorbereitung.

Deshalb: Der Kampf der westdeutschen Gewerkschaften um einen größeren Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt darf nicht auf diese Forderung allein beschränkt werden. Er kann auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn er mit dem Kampf gegen die Monopole aufs engste gekoppelt ist, wenn mit dem Kampf um bessere Lebensbedingungen gleichzeitig gegen die Beseitigung auch der letzten Reste bürgerlicher Demokratie vorgegangen wird, wenn – kurz gesagt – die westdeutsche Arbeiterschaft um die Erringung der Herrschaft der Millionen über die Millionäre mit allen Konsequenzen und auf allen Gebieten kämpft.

Und dieser Kampf bedingt für die westdeutschen Arbeiter noch ein weiteres: das Bündnis mit allen jenen Schichten, die

ebenfalls unter der Herrschaft der Monopole und ihres Staatsapparates zu leiden haben. Das sind die Bauern, denen mit EWG und entsprechender Zollpolitik das Fell über die Ohren gezogen wird (allein im Jahr 1964 mußten wiederum 37 000 Bauern ihren Hof aufgeben). Das sind die kleinen Unternehmer und Handwerker, die heute schon so gut wie entmachtet sind („Im Grunde ist der Mittelstand schon tot. Man hat ihn nur noch nicht begraben“, konstatierte der Düsseldorfer „Industriekurier“). Das sind aber auch die Geistesschaffenden, die Wissenschaftler und Ingenieure, deren Arbeitsergebnisse bei Bedarf in die Panzerschränke der Konzerne wandern und unkontrollierbaren Zwecken zugeführt werden. Sie alle sind bedroht. Sie alle sind deshalb eine Interessengemeinschaft. Sie sind aufgerufen, die Befreiung zu vollenden, die mit dem Sieg über Hitlerdeutschland begonnen, in Westdeutschland aber abgestoppt und rückgängig gemacht wurde.

Professor Erhards „formierte Gesellschaft“

Es nimmt keineswegs wunder, daß auf den Parteitagen der CDU/CSU die vielerlei Verflechtungen und Verknüpfungen von Partei- und Regierungspolitik mit den Monopolen verschwiegen wurden. Um so mehr war von „Sozialpartnerschaft“ und dergleichen die Rede. Schließlich behaupten die westdeutschen Monopole und ihre Apologeten in der CDU/CSU nicht mehr und nicht weniger, als daß die Bundesrepublik den Status eines Klassenstaates überwunden habe (Ludwig Erhard auf dem Parteitag: „Die [west-]deutsche Gesellschaft von heute ist kein Klassenstaat mehr“) und daß an seine Stelle eine „neue Gesellschaftsordnung“ getreten sei.

Der Bundeskanzler hob in Düsseldorf den Begriff der „formierten Gesellschaft“ aus der Taufe, die er als Weiterentwicklung der „freien Marktwirtschaft“ versteht und die er selbst wie folgt erklärt: „Das heißt, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständischen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht.“ Das ist in der Tat der sehnlichste Wunsch aller Imperialisten. Sie möchten einen Staat regieren, in dem sich alles ihren Wünschen und ihren Interessen unterordnet. So fordert denn Prof. Erhard auch von dieser „formierten Gesellschaft“ den Verzicht auf sozialen Kampf.

Die Definition, die er seiner „formierten Gesellschaft“ gibt,

will den kapitalistischen Charakter der Gesellschaftsstruktur und der staatlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik leugnen: es gebe keine antagonistischen Klassen mehr, sondern ein harmonisches Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen. Wenn aber die kapitalistische Bundesrepublik solche Erfolge erreicht hätte, wie sie Erhard und andere auf den Parteitagen rühmend erwähnten, warum eigentlich ist der Bundeskanzler dann nicht stolz auf diesen Kapitalismus? Warum versuchen er und seine Leute mit aller Gewalt, der Welt einzureden, dieser Kapitalismus sei tot, es gebe ihn nicht mehr?

Zweifellos spiegelt sich in diesem erstaunlichen Vorgang ganz einfach das Beispiel wider, das die sozialistischen Staaten der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern und das, auf Westdeutschland bezogen, die DDR gibt. Die Volksmassen in der Bundesrepublik sehen dieses Beispiel; und die Führung der CDU/CSU sieht sich gezwungen, zu verkünden, auch in Westdeutschland sei das alte und überlebte System des Kapitalismus nunmehr verschwunden. Maßgeblich aber ist nicht, wie die CDU/CSU diesen Staat etikettiert, sondern wie er in Wirklichkeit ist.

In der westdeutschen Wirtschaft regiert das Gesetz des Profits. Solange die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten sind, herrscht Ausbeutung. Ausbeutung aber bewirkt Klassenkampf und nicht Klassenharmonie. Die verschärfte Ausbeutung verschärft auch den Klassenkampf. Das ist so, ob die CDU/CSU es wahrhaben will oder nicht. In Westdeutschland stiegen seit 1950 die Profite um 40 Prozent schneller als die Löhne. 50 große Aktiengesellschaften steigerten ihre Reingewinne von 1950 bis 1960 um 630 Prozent. 40 Prozent aller westdeutschen Familien haben nicht eine Mark auf der Sparkasse. Ist das „Klassenharmonie“?

Es ist nicht abzustreiten, daß Ludwig Erhard sein Ziel konsequent verfolgt. Nimmt man die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht für sich, sondern sieht man sie im Rahmen der übrigen politischen Ziele und Maßnahmen der CDU/CSU, dann werden auch die sozialpolitischen Aspekte in ihrer Zweckbestimmung klar. Was man mit entsprechenden Appellen an das „staatsbürgerliche Bewußtsein“ erfahrungsgemäß nicht erreicht, das soll auf dem Wege der Korrumpierung der Arbeiterschaft mittels der „Vermögensbildung“ und des „Eigentums“ durchgesetzt werden: die Arbeiter mit den goldenen Ketten der „Partnerschaft“ an die Herrschaft der Monopole zu fesseln. Denn die reale wirtschaftliche Situation in Westdeutschland fördert das „Staatsbewußtsein“ der Arbeiterschaft keineswegs. Diese wirtschaftliche Situation ist vielmehr dadurch gekennzeichnet, daß sie die Werk tätigen brutal und rücksichtslos für ihnen völlig

fremde Interessen ausnützt, daß sie die Masse des Volkes unterdrückt und ihr unter ständiger Vorspiegelung von „Partnerschaft“ ihren Willen aufzwingt.

Rolf Hochhuth, Autor des bekannten Dramas „Der Stellvertreter“, veröffentlichte kürzlich eine sozialpolitische Studie über die Bundesrepublik. Darin heißt es: „Sozialpartnerschaft“, dies böseste Wort ist eine Schlaftablette, in jedem Betrieb gratis verteilt, die den fleißigen, brauchbaren Habenichtsin den Traum vom sozialen Frieden entrücken soll, währenddessen die reichen Asozialen die totale Machtergreifung vollziehen.“ Und was den Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt betrifft, so stellt Hochhuth fest: „Ein Beispiel: zweiundzwanzig Bauarbeiter müßten ihre in fünf Jahren ersparten ‚Vermögen‘ (auf Grund des sog. 312-DM-Gesetzes, d. Verf.) zusammenlegen, um heute, 1965 in München, ein Ein-Zimmer-Appartement ohne ‚Luxusausführung‘ kaufen zu können, knapp 21 qm. Weniger Anteil an dem, was sie durch ihre Hände aufbauten, können auch die Sklaven nicht gehabt haben, die vor dreieinhalb Jahrtausenden die Pyramiden Ägyptens hochschufteten mußten.“

Das ist wahrlich eine harte Kritik jener „Eigentums“- und „Vermögensbildungs“-Politik, die zum Standardprogramm der CDU/CSU gehört. Doch auch diese Politik hat ja ihre Hintergründe. Sie wird mit den gleichen Gesichtspunkten des Antikommunismus motiviert, die in allen politischen Entscheidungen und Zielsetzungen der CDU/CSU dominieren: „Daß die Vermögensbildung in den Händen eines möglichst großen Bevölkerungsteiles nicht nur ein erstrebenswertes Ziel, sondern auch eine unabdingbare politische Voraussetzung für die Abwehr des Kommunismus ist, ist eine Selbstverständlichkeit für alle einsichtigen Menschen“ („Industriekurier“ vom 1. 4. 1961).

Wer es dennoch nicht begriffen haben sollte, dem sagte es Minister Schmücker auf dem Parteitag in Düsseldorf: „Hören wir doch endlich auf mit dem dummen Gerede von der Wohlstandsgesellschaft. Wir sind eine Leistungsgemeinschaft mit unerhörten Anforderungen . . .“ Gewiß. Die Anforderungen an die westdeutsche Arbeiterschaft bestehen unter anderem darin, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, letzten Endes aber auch ihr Leben, bedingungslos für die Interessen der Monopole einzusetzen, wobei sie von jeder, auch der bescheidensten Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Das sind wahrlich „unerhörte“ Anforderungen!

Das sollten insbesondere die christlichen Arbeiter bedenken, wenn sie über ihre Klassensituation ins klare kommen wollen. Es ist ihnen zu empfehlen, genau zu studieren, was Walter Ulbricht in seiner Volkskammer-Erklärung vom 5. Mai 1965 über

die gewerkschaftlichen Aufgaben in Westdeutschland sagte: „Es wäre unverantwortlich und leichtfertig, wenn sich die westdeutschen Werktätigen mit Zugeständnissen der Monopolherren in der Hochkonjunktur das heilige Recht abkaufen ließen, selbst Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht zu sein!“

Mißbrauch mit dem Christentum

Der Vorwurf, eine Parteiführung steuere auf Kriegskurs, wiegt noch schwerer als ohnehin schon, wenn er einem politischen Gremium gilt, das sich nicht nur in seinem Namen, sondern auch in seinen Aussagen auf das Christentum als Grundlage politischen Handelns beruft. „In schwierigen Zeiten kann nur die Besinnung auf das Christentum helfen, den rechten Weg zu finden“, sagte Konrad Adenauer in Düsseldorf.

Die von Adenauer apostrophierte „Besinnung auf das Christentum“ sah in Wirklichkeit so aus: Jene Kräfte, die nach dem verlorenen Hitlerkrieg ihre gefährdete Herrschaft aufs neue zu errichten begannen, brauchten ein geeignetes Leitbild zur erneuten Irreführung der Massen. Zu schrecklich waren die zwölf braunen Jahre gewesen, zu furchtbar insbesondere der zweite Weltkrieg, als daß man zu althergebrachten Leitbildern hätte zurückkehren können. Und so besann man sich denn auf die Nützlichkeit christlicher Grundsätze, um daraus das „Sendungsbewußtsein“ herzuleiten, das man brauchte, um das Volk für die alte Politik aufs neue reif zu machen. „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken.“ Dieses Wort des damaligen Bundeskanzlers Adenauer ist bekannt.

Zunächst profitierte die CDU/CSU vom Widerstandskampf christlicher Kreise gegen den Nazismus, um ihre Macht zu festigen. Zu der Tatsache, daß sie bisher jeweils soviel Wählerstimmen sammeln konnte, um die führende Partei im westdeutschen Bundestag, um Regierungspartei sein zu können, schrieb der „Rheinische Merkur“ einmal: „Man geht wohl nicht sehr in die Irre, wenn man annimmt, daß das mit dem Prestige zusammenhängt, das sich die Kirchen während der Verfolgung... erworben hatten.“ Indem sich also die CDU/CSU mit vorwiegend fremden Federn schmückte, befestigte sie ihre Stellung in der westdeutschen Öffentlichkeit. Die CDU/CSU hat schon lange kein Recht mehr, sich auf Widerstandskämpfer zu berufen.

Durch ihre Politik hat sie dieses Recht verwirkt. Sie schändet damit nicht nur den Kampf und den Tod vieler aufrechter Christen in der Nazizeit, sondern mißbraucht gleichzeitig das Christentum.

Als die CDU/CSU es dann für nützlich befand, Westdeutschland wieder aufzurüsten, da mußte das „christliche Abendland“ zur Begründung des neuerstandenen westdeutschen Militarismus herhalten. „Dafür sind wir Soldaten, daß wir das christliche Abendland gegen den gottlosen Bolschewismus verteidigen“, sagte Franz Josef Strauß einmal. Und Minister Seebohm sieht das Ziel der CDU/CSU-Politik so: „Es geht um die ‚Befreiung‘ aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Europa.“ Für solche „hehren Ziele“, so glaubt die CDU/CSU-Führung, würde sich das Volk gern zu Opfern bereit finden.

Mit den gleichen Motiven von der „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ und dem „Bollwerk gegen den bolschewistischen Osten“ fordert die CDU/CSU schließlich die Atombomben für die Hitlergenerale. Flugs fanden sich denn auch einige Theologen katholischer und evangelischer Konfession, die „christliche“ Motive für den Einsatz dieser furchtbarsten aller Waffen gegen die „Heiden“ im Osten lieferten. Darüber hinaus machten sie den Soldaten noch ein gutes Gewissen, indem sie, wie der inzwischen verstorbene Professor G u n d l a c h, Gott die Verantwortung für die Schreckenstaten zuschoben, die sie legitimierten.

Wer, wie die CDU/CSU, sich einerseits auf das Christentum als Grundlage seiner Politik beruft, andererseits aber Kriegsvorbereitungen betreibt, Kreuzzugspolitik macht, Atomwaffen für Aggressoren fordert, Pläne zum Überfall auf andere Staaten bereit hält, Feindschaft zwischen den Völkern säen will und Kriegshetze treibt, der mißbraucht das Christentum.

Auch um die von der CDU/CSU vorgespiegelte Klassenharmonie zu erreichen, wird das Christentum mißbraucht. Um die Gewerkschaftseinheit zu spalten, gründete man den „Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands“, unterstützt, fördert und lenkt man die katholischen und evangelischen Arbeiterorganisationen, die ihrerseits dann die Klassenharmonie vortäuschen sollen. So nimmt z. B. das Programm der „Katholischen Arbeiterbewegung“ (KAB) eindeutig für den kapitalistischen Staat Partei und warnt die Arbeiter vor sozialen Forderungen. Im KAB-Programm heißt es: „Die KAB Westdeutschlands tritt dafür ein, daß dem arbeitenden Menschen sein gerechter Lohn und sein gerechter Anteil am Sozialprodukt gewährt wird, warnt aber nachdrücklich vor immer neu sich anzeigenden Lohn- und Preisspiralen, die die Gefahr der Wirt-

schaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Inflation in sich bergen.“ Mit der Parole „Wir sind doch alle Christen!“ wird versucht, den christlichen Arbeiter vom Klassenkampf fernzuhalten und ihn als Bollwerk gegen soziale Forderungen seiner Klassengenossen zu mißbrauchen.

Im Verhältnis zu den Kirchen in der Bundesrepublik beruft sich die CDU/CSU gern auf den „Elan der Christen“: „Die CDU fordert den Elan der Christen bewußt heraus und vertraut dieser starken Kraft. Wir haben diesen Elan in imponierender Weise beim Vatikanischen Konzil erkannt . . . Wir anerkennen und würdigen außerordentlich die innere Kraft des deutschen Protestantismus . . .“, sagte der Bundeskanzler auf dem Düsseldorfer Parteitag.

Von wem aber ging auf dem Konzil der Elan aus? Er kam von den gesellschaftlich progressiven Konzilsvätern, die die Enzyklika „Pacem in terris“ des Konzilspapstes Johannes XXIII. vertraten und in ihrem Geiste auf dem Konzil wirkten. Diese Enzyklika aber fordert unter anderem klar das Verbot der Atomwaffen. Der Elan, auf den Ludwig Erhard sich hier beruft, steht nicht nur nicht im Einklang mit der Politik der CDU/CSU, er steht ihr direkt entgegen. Es ist ja bekannt, daß der Bundeskanzler beim Papst angefragt hat, ob seitens des Vatikans Einwendungen gegen die Teilnahme Bonns an der MLF bestünden, und daß der Papst wissen ließ, er könne einer solchen Politik nicht zustimmen.

Und die innere Kraft des Protestantismus zeigt sich ja auch in der Freiheit des Protestanten, nein zu sagen zur Atomrüstung, zur Kriegsvorbereitung, zur Notstandsgesetzgebung. Diese Protestanten aber hat Herr von Hassel auf der jüngsten Tagung des Evangelischen Arbeitskreises als „Linksprotestanten“ apostrophiert. Den Geistlichen, die aus Gewissensnot heraus gegen die Atomrüstung protestieren, die um ihrer Überzeugung willen gegen die friedensfeindliche Bonner Politik der Aggressionsvorbereitungen auftreten, die um ihrer Gemeindeglieder willen ihre Stimme gegen die Notstandsgesetze erheben, all diesen Geistlichen und den protestantischen Laien, die ihnen folgen, wirft Herr von Hassel vor, sie wollten nicht wahrhaben, „daß sie mit ihrem selbstmörderischen Treiben einem Totalitarismus dienen, der Freiheit, Würde und Recht des Menschen zerstört und ihr Gotteshaus in eine Traktorenstation verwandelt“. Nun weiß der evangelische Christ in Westdeutschland, wie er die „Herausforderung seines Elans“ durch die CDU/CSU zu verstehen hat!

Gegen seinen Elan des Gewissens stellt diese Partei den Elan der Polizei und des Verfassungsschutzes, wie etwa gegen Pfarrer Karwehl in Düsseldorf und Pfarrer Dohrmann in Wolfs-

burg. Als „Sabotage“ beispielsweise charakterisierte Franz Josef Strauß den Neujahrseruf D. Martin Niemöllers.

Man mag es drehen und wenden, wie man will. Christliche Botschaft und Aufrüstung zum Aggressionskrieg gehen nicht zusammen. Kriterium des Handelns aus christlichem Geist ist deshalb für den westdeutschen Christen der konsequente Kampf gegen Atomrüstung und Kriegspolitik der CDU/CSU, der konsequente Einsatz für eine wirklich sozial gerechte Ordnung, der Kampf gegen die Notstandsdictatur und die Orientierung auf jene christlichen Kräfte in beiden deutschen Staaten, die im Friedenskämpfer, gleich welcher Weltanschauung, und nicht im Rüstungsmillionär ihren Partner sehen.

In dem bereits erwähnten Neujahrartikel rief D. Martin Niemöller die westdeutsche christliche Bevölkerung auf, „sich nicht wieder etwas als ‚christlich‘ aufschwätzen zu lassen, was mit dem Christentum nicht das geringste und gewiß nicht mehr zu tun hat als der Artikel 24 des Nazi-Parteiprogramms mit seiner Behauptung vom ‚positiven Christentum‘ als dem Boden, auf dem jene zutiefst antichristliche Partei zu stehen vorgab“. Es fügt sich diese Aussage lückenlos in das Bild der CDU/CSU ein, wie es sich in Hinsicht auf ihre gesamte Politik zeigt. Eine Partei, die Vollzugsorgan der Monopole ist, die imperialistische Herrschaft, Revanchismus und Antikommunismus als Erbe übernommen hat, kann zwangsläufig auch ehrlichem und echtem Christentum nicht anders gegenüberstehen, als das seinerzeit der Fall war. Für die westdeutschen Christen müssen daher die Taten der CDU/CSU Maßstab für ihr Urteil sein und nicht die Gloriole, die sie sich mit dem Firmenschild „christlich“ zuzulegen für richtig befand.

Die CDU/CSU-Führung auf Kriegskurs

Seit dem Parteitreffen der West-CDU von 1964 in Hannover gab und gibt es noch eine Flut von CDU-Kongressen über politische Detailfragen. In Kassel beriet man über sogenannte „Verteidigungs“-Probleme, in Hamburg wurden Kulturfragen diskutiert, in Bremen saßen Vertreter des Mittelstandes zusammen, und in Oldenburg fand ein Bauernkongreß der CDU statt. Weitere Sonderkongresse folgten dem Düsseldorfer Parteitag. Große Bereiche der Politik der West-CDU also waren bereits der Diskussion durch das Plenum des Parteitages entzogen, ohne daß man den Delegierten — von den Ergebnissen des Bauernkongresses abgesehen — etwa vortrug, was die einzelnen voraufgegangenen Beratungen ergeben hatten. Weitere

politische Fragenkomplexe wurden auf dem Parteitag mit dem Hinweis auf kommende Kongresse beiseitegeschoben.

Allein diese Taktik läßt bereits erkennen, daß für die Führung der Adenauer-CDU ein Parteitag keineswegs der Rechenschaftslegung vor den Delegierten dient. Er ist vielmehr ein vom Statut und von den bevorstehenden Wahlen gebotenes notwendiges Übel, dem man sich widerwillig fügt. Noch deutlicher kam das bei der CSU in München zum Ausdruck; auf deren Parteitag gab es noch nicht einmal Diskussionsmöglichkeiten für die Delegierten. Keinesfalls soll auf den Parteitagen eine Plattform dafür geboten werden, daß an den Fragen der Rüstungspolitik, der vernachlässigten Bildung, der EWG-bedingten fortschreitenden Ausschaltung des Mittelstandes aus dem Erwerbsleben oder gar an Landwirtschaftsproblemen, an der Einstellung zur Notstandsdictatur oder zum Kulturverfall der Widerspruch zwischen Mitgliedschaft und Führung der Partei sowie die Kontroversen in der Führungsspitze selbst zu offenkundig werden.

Partei-Manager Dufhues sagte in Düsseldorf zu den inneren Querelen in der CDU: „Auch die Führungskräfte einer Partei müssen sich, mag es auch schwerfallen, in der Tugend der Disziplin üben, wenn sie von den Mitgliedern und Wählern Disziplin und Vertrauen erwarten.“ Wem sagte er das! Eben noch hatte er es mit Mühe und Not erreicht, daß Parteivorsitzender Adenauer überhaupt auf dem Parteitag sprach, der zunächst abgelehnt hatte, weil er der Meinung war, er müsse dann entweder „die Wahrheit sagen“ und damit der Partei schaden oder die Parteiinteressen vertreten und zur Unwahrheit greifen. Wahrlich, eine feine Partei!

Zur Stunde, als Dufhues diese Sätze sprach, wußte er auch noch nicht, ob Außenminister Schröder am nächsten Tage in seinem Arbeitskreis sprechen werde. So tief waren die Zerwürfnisse, daß praktisch jeder gegen jeden aufzutreten geneigt war. Da wirkte es denn freilich wie ein unfreiwilliger Scherz, als Rainer Barzel am letzten Tage erneut seine Lieblingsthese verkündete, die West-CDU sei „ein Ort der Integration durch Toleranz“.

Nun sind allerdings die Kontroversen innerhalb der Führung der West-CDU keineswegs grundsätzlicher Art. Darüber, daß man irgendwie die DDR, dazu große Gebiete Polens und der ČSSR sowie einen Teil der UdSSR vereinnahmen müsse, sind sie sich alle einig. Irgendwie, ja. Aber wie? Darum geht der Streit, der Streit bis weit ins Persönliche hinein. Die Wünsche der westdeutschen Monopolherren sind klar: Hegemonie so ausgedehnt wie möglich. Doch wie sie erfüllen? Nicht an der Unfähigkeit zu Ränken, Hinterlist und politischen

Quertreibereien, nicht am fehlenden Willen notfalls auch zum großen Krieg ist das Konzept der CDU/CSU gescheitert, sondern einfach daran, daß man sich Unmögliches vorgenommen hat. Und es ist in der Hauptsache die Präsenz der DDR im Bunde mit den Mächten des Warschauer Vertrages, es sind die Ergebnisse des 13. August 1961, es sind die ökonomischen und außenpolitischen Erfolge der DDR, die dieses Scheitern bewirkten. Hinzu kommen unser Wille und unsere Möglichkeiten, Provokationen jeder Art entgegenzutreten. Anlässlich der Bundestagsitzung in Westberlin haben wir das unmißverständlich gezeigt.

Es war typisch für die Schwierigkeiten, denen sich die West-CDU gegenüber sieht, daß der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik in der UdSSR, Dr. Kroll, in seiner Diskussionsrede als neugebackener Bundestagskandidat klagte: „Doch ich dachte, ich würde hier für meinen Wahlkampf mit vielen Argumenten ausgerüstet werden. Also die habe ich bisher noch nicht gehört.“

Doch nicht nur an Wahlkampf-Argumenten ließ es die CDU/CSU-Führung fehlen. Ihre Verschleierungstaktik bewirkte in der Hauptsache, daß den Mitgliedern und Delegierten der Blick auf die Zusammenhänge in der Politik ihrer Führung verwehrt wurde. Diese Zusammenhänge aber beweisen den Kriegskurs der CDU/CSU-Führung, denn:

- Die CDU/CSU regiert den einzigen Staat in Europa, der Grenzforderungen stellt. Wer solche Forderungen stellt, will den Krieg.
- Die CDU/CSU beansprucht für die Bundesrepublik das Alleinvertretungsrecht für Deutschland. Sie will die DDR „befreien“. Auch das bedeutet Krieg.
- Die CDU/CSU fordert die Atombombe. Sie will sie den Aggressoren des zweiten Weltkrieges in die Hände geben.
- Die CDU/CSU ist die Verfechterin einer Strategie der „Vorwärtsverteidigung“, also praktisch des Krieges.
- Die CDU/CSU betreibt gegen die DDR und die ČSSR den „Verdeckten Krieg“.
- Die CDU/CSU ist willens, mit dem Notstand zu regieren, um gegen die demokratische Opposition vorgehen zu können, und zwar mit Bürgerkrieg.
- Die CDU/CSU hat in Westdeutschland den militanten Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben. Er führte das deutsche Volk schon einmal in den Krieg.
- Die CDU/CSU betreibt das Geschäft der Monopole, die um des Profits willen zwei Weltkriege begannen und den dritten Weltkrieg nicht scheuen.

Die Gründungsprinzipien verraten

Es wird manch einer unter den Delegierten der Parteitage in Düsseldorf, München und Westberlin gewesen sein, der zu den Gründungsmitgliedern der CDU oder der CSU in seiner Heimat gehört. Er wird sich daran erinnern müssen, daß er nunmehr zwanzig Jahre lang einer Partei angehört, die ihren Weg unter ganz anderen Vorzeichen angetreten hat. „Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.“ So sagten es die „Kölner Leitsätze“ von 1945. Angesichts der Ergebnisse der Parteitage 1965 geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Satz aus den „Kölner Leitsätzen“ gemeint ist, wenn es in der „Düsseldorfer Erklärung“ heißt: „Die Union schleppt keine verstaubten Ideologien mit.“

Welcher Weg! Welcher Irrweg! Von den – seitens der Mehrzahl der Gründungsmitglieder gewiß ehrlich gemeinten – Friedenskonzeptionen zur Politik der Atomwaffen; von den sozialen Forderungen des Ahlener Programms zum staatsmonopolistischen Kapitalismus; von den Kölner Gründungsworten „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist“, bis zu den Notstandsgesetzen, zu dem nicht zu unterschätzenden Einfluß alter Nazi- und Kriegsverbrecher, bis zum Polizei- und Justizterror, bis zum Antikommunismus, bis zum Drängen nach Atomwaffen! Sie sind diesen Irrweg gegangen, die Führer der CDU/CSU. Und sie sind ihm mitgegangen, die Mitglieder, die ursprünglich etwas ganz anderes wollten, aber nicht die Kraft fanden, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Das ist der Irrweg. Doch wo ist der Ausweg?

Wir haben uns dem Gründungsauftrag der CDU verpflichtet gefühlt, über dessen schöpferische Verwirklichung wir unseren Mitgliedern und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volk guten Gewissens Rechenschaft legen. „An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten... Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt... Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will!“ So heißt es in unserem Gründungsauftrag. Wir haben diesen Aufruf zur Tat werden lassen. Verbündet mit allen demokratischen Kräften, haben wir unseren Anteil

daran geleistet, daß die DDR zum ersten Friedensstaat in der deutschen Geschichte wurde, haben wir den Weg in einen Staat der Demokratie und des Humanismus gefunden.

Indem wir nun schon seit Jahren gemeinsam mit unseren marxistischen Freunden für den Frieden arbeiten, widerlegen wir die These der Antikommunisten in der CDU/CSU von der Erbfeindschaft zwischen Christen und Marxisten. Unsere politische Tat hat die Grundfesten des Antikommunismus im christlichen Gewande aufs schwerste erschüttert und seinen Widersinn bewiesen.

Indem wir an der DDR als einem Staat, dessen Politik auf die feste Freundschaft zu allen friedliebenden Völkern gegründet ist, mitarbeiten, widerlegen wir die Behauptungen der CDU/CSU-Führung, die nationale Frage in Deutschland lasse sich nur auf Kosten anderer Völker lösen.

Indem viele tausend Mitglieder unserer Partei und darüber hinaus zahlreiche parteilose Christen als Volksvertreter, als Staatsfunktionäre, als leitende Mitarbeiter in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft Tag für Tag vorbildlich und gewissenhaft ihre Pflicht tun, geehrt und geachtet von ihren Mitarbeitern aus anderen weltanschaulichen Bereichen, widerlegen wir die Propaganda der CDU/CSU, die behauptet, ein Christ könne im sozialistischen Staat bestenfalls in den Katakomben leben.

Indem Tausende von Mitgliedern unserer Partei und zahlreiche parteilose Christen an unseren Schulen als Lehrer und Erzieher tätig sind und das Beispiel christlicher Mitverantwortung an einer Bildung geben, die den Erfordernissen unseres Zeitalters entspricht und auf die Zukunft gerichtet ist, widerlegen wir die These der CDU/CSU, der westdeutsche Bildungsnotstand sei objektiv bedingt und nicht abzuwenden, wenn man nicht unaufgebbare, angeblich christliche Voraussetzungen für das Bildungswesen preisgeben wolle.

Indem zahlreiche Mitglieder unserer Partei und zahlreiche parteilose Christen als Künstler und Wissenschaftler ihren Anteil zur sozialistischen Nationalkultur beitragen, widerlegen wir die Anschauung, daß Dekadenz und Verfall von Kunst und Kultur objektiv bedingt seien, und beweisen, daß diese Dekadenz die Begleiterscheinung des vordringlich von der CDU/CSU zu verantwortenden Verfalls der öffentlichen Moral ist.

Kurz gesagt, mit all unserem Tun haben wir für die westdeutschen Christen mitverantwortlich gehandelt. Das wird auch so bleiben. Vielleicht wird es erst in Jahrzehnten möglich sein, die ganze Bedeutung unserer Arbeit für ein völlig neues Umweltverständnis des Christen im politischen Raum zu wür-

digen. Doch heute schon ist es die DDR, ist es die CDU in der DDR, die den zahlreichen Forderungen westdeutscher Christen nach einer Politik des Friedens und der Verständigung, der Vernunft und des guten Willens das Beispiel gibt. Daß es notwendig war, solche Forderungen zu stellen, das wußte oder zumindest ahnte mancher Christ in der Bundesrepublik, der sich Gedanken um die Zukunft unserer Nation machte, schon seit langem. Daß es möglich ist, in christlicher Mitverantwortung diese Forderungen auch zu praktizieren, das sieht er an unserem Wirken.

An der Schwelle des dritten Nachkriegsjahrzehnts, des dritten Jahrzehnts auch des Bestehens unserer Partei, rufen wir die westdeutschen Christen auf, dem Kriegskurs der CDU/CSU-Führung zu widerstehen und dafür zu sorgen, daß aus Westdeutschland ein friedliches Land werde. Mit allen friedliebenden Kräften gemeinsam sind die westdeutschen Christen gerufen, die Vergangenheit auch in der Bundesrepublik endlich und endgültig zu bewältigen, die Befreiung des deutschen Volkes auch dort vollenden zu helfen. Die westdeutschen Christen sind gefordert, zur Entmachtung jener Kräfte beizutragen, die mit Atomrüstung und Revanchegeist das Leben unseres Volkes gefährden und die Einheit Deutschlands verhindern.

Wir rufen die westdeutschen Christen auf, dem Mißbrauch unserer Glaubensgrundsätze zu wehren, eine Politik der Vernunft an Stelle der Aggressionsvorbereitungen zu fordern, es nicht zuzulassen, daß die Monopole ihre Aggressionsabsichten diesmal mit der „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ begründen, sondern dafür zu sorgen, daß Friedensliebe und Streben nach sozialer Gerechtigkeit zu den Maximen der Politik erhoben werden.

Ein Schritt dazu wäre eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten über Abrüstung und den Verzicht auf Kernwaffen in jeglicher Form einschließlich der Verfügungsgewalt über sie.

Ein Schritt dazu wäre, alle Pläne des Eindringens in die DDR und andere sozialistische Länder und ihre Eroberung preiszugeben und einzusehen, daß die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht ungeschehen gemacht werden können.

Ein Schritt dazu wäre die Herstellung normaler und sachlicher Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten.

Die Ergebnisse dreier Parteitage in Westdeutschland und Westberlin geben zu denken: Sollen die westdeutschen Christen – gemeinsam mit allen ihren Mitbürgern – die Zeche bezahlen müssen?

Es ist höchste Zeit zu einer neuen Politik in Westdeutschland! Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Die Bürger der Bundesrepublik mögen bedenken:

Die CDU/CSU hat ihre Mehrheit von 1949 dazu mißbraucht, um die Macht der Monopole erneut zu festigen.

Die CDU/CSU hat ihre Mehrheit von 1953 dazu mißbraucht, um die Remilitarisierung durchzuführen.

Die CDU/CSU hat ihre Mehrheit von 1957 dazu mißbraucht, um die Atomrüstung zu beschließen.

Die CDU/CSU hat ihre Mehrheit von 1961 dazu mißbraucht, um die Notstandsgesetze zu installieren.

Wozu würde die CDU/CSU ihre Mehrheit 1965 mißbrauchen, falls die Bundesbürger sie ihr geben?

„Was die CDU erreicht hat, kann nur durch die CDU gesichert werden“, heißt es in der „Düsseldorfer Erklärung“ des 13. CDU-Parteitages. Was sie erreicht hat, das ist hier dargestellt. Was sie sichern will, ist die unumschränkte Herrschaft der Monopole, wenn nötig, auch durch Krieg.

„Das ist die große und verpflichtende Lehre der Vergangenheit: die Zukunft Deutschlands dort zu begründen, wo die Fähigkeiten unseres fleißigen, begabten und arbeitsamen Volkes sich im Kreise aller anderen friedliebenden Nationen frei und segensreich entfalten können, nämlich auf dem Felde friedlicher Arbeit für die Wohlfahrt unserer Nation und für den Fortschritt der ganzen Menschheit.“

Diese Worte unseres 11. Parteitages gelten auch den westdeutschen Christen.

INHALT

Bilanz in beiden deutschen Staaten	3
Revanchismus – die große Gefahr	5
Und wieder Antikommunismus	10
„Verdeckter Krieg“ und Aggression	13
Kein Recht, für die Nation zu sprechen	16
Am Notstand stirbt die Demokratie	20
Staatsmonopolistischer Kapitalismus	23
Professor Erhards „formierte Gesellschaft“	27
Mißbrauch mit dem Christentum	30
Die CDU/CSU-Führung auf Kriegskurs	33
Die Gründungsprinzipien verraten	36

104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik